



Glienicker Kurier
Nachrichten aus der amtsfreien Gemeinde Glienicke/Nordbahn

Inhaltsverzeichnis der Januar 2002 Ausgabe:

Grußwort des Bürgermeisters

Rückblick und Ausblick – zu Baumaßnahmen an der Gesamtschule

Glienicke braucht sich nicht zu verstecken

Zum Kita-Geschehen und zur Kita-Satzung in Glienicke

Baum-Neupflanzungen in der Friedenstraße

Aus den Fraktionen

Ein Spiegelbild deutscher Nachkriegsgeschichte

Bauanträge in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember 2001

Mitgliederversammlung des Sportvereins

Ehrennadel in Bronze für Rainer Meier

Kegler enttäuschen erneut

Liebe Glienickerinnen und Glienicker,

das Jahr 2002 ist nun schon ein paar Tage alt. Ich hoffe, dass Sie die vergangenen Feiertage mit Besinnlichkeit und Ruhe verbringen und Kraft schöpfen konnten für die Herausforderungen des neuen Jahres.

Der Euro ist da, und ich glaube, wir werden uns schnell an ihn gewöhnen. Woran ich mich aber noch immer nicht gewöhnen kann und gewöhnen werde, sind manche Dinge im gemeindlichen Leben, die mir, die Ihnen, die uns allen ab und zu Ärger bereiten. Seien es Graffiti-Schmierer, Autofahrer, die unsere Straßen als Rennstrecken missbrauchen oder einfach die Gedankenlosen. Zum Glück sind es immer nur einige Bürger, aber vielleicht sind sie gerade deshalb so auffällig in unserer Gemeinde. Die Verwaltung wird in dieser Richtung zukünftig die „Zügel straffer anziehen“ und diesen nicht gerade vorbildhaften Zeitgenossen dichter auf den Pelz und das Portmonee rücken. Es ist einfach nicht einzusehen, warum die Mehrheit unter der Rücksichtslosigkeit einer kleinen Minderheit leiden soll. Aber auch erfreulichere Ereignisse werfen für 2002 ihre Schatten voraus. So sind zu nennen die Fertigstellung des Dienstleistungszentrums an der Hauptstraße, Ecke Märkische Allee, die letzte Etappe beim Kanalisationsbau, der Fortgang des provisorischen Straßenausbaus und viele weitere, deutlich sichtbare Maßnahmen in kontinuierlicher Fortsetzung dessen, was sich Gemeindevertretung und -verwaltung für 2002 vorgenommen haben. Glienicke wird auch in diesem Jahr wieder ein gutes Stück attraktiver, lebens- und liebenswerter werden; eine Tatsache, die uns ein wenig stolz auf unseren Ort machen sollte.

Allen Glienickerinnen und Glienickern möchte ich auf diesem Wege wünschen, dass sich ihre Hoffnungen und Erwartungen für 2002 erfüllen mögen, dass Gesundheit und Erfolg uns allen beschieden sind und dass die Welt im Jahr 2002 etwas zur Ruhe kommt.

Ihr Bürgermeister
Joachim Bienert

Rückblick und Ausblick – zu Baumaßnahmen an der Gesamtschule

Nachdem das Baugerüst vom Gesamtschulgebäude wieder entfernt wurde, kam eine ganz unerwartete Wirkung dieses großen Baukörpers zum Ausdruck. Das Gesamtschulhaus wirkt mit seiner freundlichen und hellen Farbgebung weder erdrückend noch dominant. Für den Passanten auf der Hauptstraße entsteht durch die neue Farbgestaltung ein angenehmes und positives Gefühl, welches förmlich zum Hingucken verleitet.

Überraschend ist auch die Wirkung des Staffelgeschosses mit den Sonnenschutzlamellen, die ähnlich wie ein Dachüberstand das letzte Geschoss betonen. Durch diese Lösung erscheint die Höhe des Gesamtschulhauses optisch nicht mehr so augenfällig wie vorher. Auch die neuen Aluminiumfenster tragen dazu bei, dass man die Gesamtschule fast als einen Neubau ansehen kann.

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle auch der Neubau eines Aufzugs an der Hofseite des Gesamtschulgebäudes bleiben. Damit ist ein behindertengerechter Zugang für das gesamte Schulzentrum, einschließlich der Dreifeld-Sporthalle, gewährleistet.

Unter Einhaltung des Bauablaufplanes konnten die Baufirmen ihre Arbeiten im November abschließen. Die Abnahmen der einzelnen Gewerke machten deutlich, dass an der Schule in guter Qualität gearbeitet wurde. Insgesamt wurden für die Hüllensanierung etwa 2,15 Mio. DM Haushaltsmittel verbaut. Den Baufirmen, der Bauleitung und allen Beteiligten, die zu diesem gelungenen Bauvorhaben beigetragen haben, sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Die guten Ausschreibungsergebnisse der „Hüllensanierung“ ermöglichten es, dass die Abgeordneten eine zusätzliche Maßnahme an der Schule beschließen konnten. So sollen noch im Januar alle Außentreppe zum Schulgebäude erneuert werden. In diesem Jahr sind aber noch weitere Baumaßnahmen im Gesamtschulhaus geplant. Der Haushaltsplan für das Jahr 2002 sieht vor, die Heizungs- und Elektroanlagen zu erneuern. An der alten Heizungsanlage aus der Zeit der Errichtung des Schulgebäudes in den späten siebziger Jahren mussten bisher immer wieder Reparaturen durchgeführt werden. Die Wärmeversorgungsanlage ist zwar auf dem neuesten Stand der Technik, die Rohrleitungen und Heizflächen sind aber unbedingt erneuerungsbedürftig. Auch die vorhandene alte Beleuchtungsanlage bedarf einer kompletten Erneuerung, um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Für diese Arbeiten sind in diesem Jahr etwa 300.000 Euro eingeplant. Die Bauarbeiten sollen vorrangig in den Ferien stattfinden.

Bereits im Jahr 2001 wurde die Vorplanung für die noch zu erledigende Innensanierung der Gesamtschule vorgelegt. Nachdem ein neuer WC- Trakt und moderne Fachräume für Informatik, Biologie, Physik und Chemie geschaffen wurden, ist für die Jahre 2003 und 2004 auf der Grundlage dieser Vorplanung vorgesehen, die Innentüren zu erneuern, sämtliche Fußböden zu sanieren und alle Räume mit einer neuen Farbgebung zu versehen.

Für das Schulzentrum gibt es seit 1998 ein Gesamtkonzept zur Außenanlagen-Gestaltung. Im Jahr 2001 ist für die Gesamtschüler im Bereich der Außenanlagen ein neuer Fahrradunterstand errichtet worden. Auch der Hofbereich der Gesamtschule hat durch Anordnung von Spielanlagen, wie TT-

Platten, Basketballanlage u.a. bereits eine Aufwertung erhalten. Für die weitere Gestaltung der Außenanlagen ist als nächster Schwerpunkt vorgesehen, die Flächen vor und neben dem Gebäude an der Hauptstraße zu erneuern. Da aber in den nächsten Jahren der Innenausbau Priorität haben soll, kann diese Maßnahme erst im Jahr 2005 umgesetzt werden.

Peter Staamann

Amtsleiter für Hochbau und Planung

Glienicke braucht sich nicht zu verstecken

Mit Lob bedachter Haushaltsplan im Mittelpunkt der Gemeindevertretung

Dass auch eine aus mehr als 30 Punkten bestehende Tagesordnung zügig abgearbeitet werden kann, bewies die stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung, Brigitte Oltmanns, auf der jüngsten Sitzung, indem sie sich laut Geschäftsordnung völlig im Zeitlimit bewegte. Weniger als sonst üblich wurden diesmal die Ergebnisse bereits intensiver Vorarbeiten in den Ausschüssen hinterfragt, und weniger als sonst üblich wurden sie von den einzelnen Fraktionen noch einmal kommentiert. Wenn das zur Regel würde, brauchten die Abgeordneten lange GVT-Tagesordnungen nicht mehr zu fürchten.

Im Mittelpunkt der jüngsten stand die Haushaltssatzung für das Jahr 2002, die die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses an drei Abenden sehr ausführlich diskutiert hatten. An Kämmerin Grit Knappe war es nun, das Ergebnis ihrer Vorarbeit und das Resultat der Ausschuss-Sitzungen zusammenfassend vorzutragen.

Der Haushaltsplan für dieses Jahr wird im Verwaltungshaushalt mit 8.970.800 Euro festgeschrieben, was einer Steigerung zum Vorjahr von 15,5 Prozent entspricht. Beim Vermögenshaushalt stehen 3.175.600 Euro zu Buche, was eine Minderung von 40,4 Prozent des Vorjahres ausmacht. Der Haushalt ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Dabei wird der Höchstbetrag der Kassenkredite mit 50.000 Euro festgeschrieben; die Hebesätze für die Steuern bleiben unverändert.

Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt betragen die Einnahmen aus Steuern 4.925.600 Euro (17,9 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr), und 1.532.600 Euro (5,6 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr) setzen sich aus Gebühren und Entgelten zusammen. Den größten Anteil der Ausgaben (35,75 Prozent) machen die Personalkosten aus, die mit 3.207.400 Euro eingestellt sind. Das bedeutet eine Steigerung von 8,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Unter der Rubrik „Bewirtschaftung und Geschäftsausgaben“ stehen 2.981.700 Euro zu Buche, was ein Plus von 216.700 Euro zum Vorjahr bedeutet. Die Zinsausgaben gehen mit zunehmender Tilgung zurück und betragen in diesem Jahr nur noch 407.900 Euro.

Freiwillige Aufgaben

Für die Attraktivität einer Gemeinde stehen die Ausgaben für freiwillige Aufgaben (insgesamt 481.900 Euro). So beträgt u.a. der Zuschuss, den die Gemeinde für die Bibliothek leistet, 151.800 Euro, für die Dreifeldhalle 149.200 Euro, die Jugendarbeit 86.000 Euro, Arbeitsförderung 46.100 Euro, für die Alte Halle 17.100 Euro, für den Senioren-Club 7.800 Euro, für die Sportförderung 7.700 Euro, für das Bürgerhaus 5.200 Euro und die Außensportanlagen 5.000 Euro, um nur einige der wichtigsten Positionen zu nennen. Der Zuschuss für den Bereich der drei KITA ist mit 300.900 Euro festgelegt, der für die Bauleitplanung mit 174.600 Euro (abzüglich der Fördermittel). Die Kreisumlage umfasst mit 1.534.100 Euro einen besonders großen Posten. Schließlich beträgt die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt 632.400 Euro.

Vermögenshaushalt

Weitere Einnahmen im Vermögenshaushalt sind u.a. Veräußerungserlöse in Höhe von 511.300 Euro, Beiträge (Straßen, Kanal usw.) 900.000 Euro, Zuweisungen und Zuschüsse (Fördermittel) 960.500 Euro, Rücklagen-Entnahme 171.400 Euro. Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen. Bei den Ausgaben im Vermögenshaushalt steht der Vermögenserwerb (bewegliche Ausstattungen u.ä.) mit insgesamt 447.300 Euro zu Buche. Dazu gehören u.a. die freiwilligen Bereiche wie die Bibliothek (19.000 Euro), die Alte Halle (15.000 Euro), die Jugendarbeit (12.200 Euro), das Bürgerhaus (4.000 Euro) und die Dreifeldhalle (2.600 Euro).

Schwerpunkte Hoch- und Tiefbau

Für den Hochbau sind 729.200 Euro festgeschrieben. Zu den Schwerpunkten gehören hier die Weiterführung der Gesamtschulsanierung mit 323.000 Euro, der Umbau der Bibliothek (125.000 Euro), die KITA I bis III (166.600 Euro), das Umpflanzen von Straßenbäumen (25.600 Euro) und das Standesamt (13.800 Euro).

Die Ausgaben beim Tiefbau sind mit insgesamt 1.489.500 Euro festgelegt. Schwerpunkte sind hier u. a. der Kanalbau mit 699.100 Euro (der im Jahr 2002 abgeschlossen sein wird), der provisorische Straßenbau (203.200 Euro), der Gehwegebau (120.000 Euro), die Gemeindestraßen und der Bauhof stehen mit 117.500 Euro zu Buche sowie die Straßenbeleuchtung mit 115.000 Euro.

Zur Haushaltssatzung gehören auch, so erläuterte Grit Knappe, der Finanzplan und das Investitionsprogramm für die nächsten Jahre. Im Jahr 2003 zum Beispiel wird es erst- und einmalig für Glienicke eine Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 348.400 Euro geben, und die Entnahme aus der Rücklage ist mit 781.300 Euro beziffert. An investiven Maßnahmen sind u.a. die weitere Innensanierung der Gesamtschule vorgesehen, die Dacherneuerung der Alten Halle, der provisorische Straßenbau in der Rosa-Luxemburg-, Eichhorn- und Auguststraße, die Straßenbeleuchtung in der Jungborn- und Bebelstraße sowie im Erlengrund.

Im Jahr 2004 sollen die Innensanierung der Gesamtschule abgeschlossen werden und sich 2005 die Gestaltung der Außenanlagen anschließen. 2004 könnte auch die Gestaltung des Dorfgangers beginnen, weitere Straßen sollen Beleuchtung erhalten, und ebenso wird der Geh- und Radwegebau weitergeführt. 2005 sind dann die Fassadengestaltung der Alten Halle geplant, weitere Straßenbeleuchtungen sowie die Fortführung des Gehwegebbaus.

Fraktionsmeinungen

Im Großen und Ganzen zeigten sich alle Fraktionen von der neuen Haushaltssatzung angetan. Hans-Robert Joepgen (CDU) äußerte „Bauchschmerzen“ hinsichtlich der Personalkosten und sah Diskrepanzen bei einigen personellen Einstufungen. Klaus Neumann-Duscha (SPD) verwies auf die Klausurtagung seiner Fraktion, bei der der Haushaltsplan thematisiert war und in einer achtstündigen Diskussion abgehandelt worden sei (Dezember-Kurier, Seiten 15/16). Michael Unger (Glienicker Bürgerliste) sah einen Nachholbedarf in der Infrastruktur und erinnerte an den fehlenden Sportplatz, an das Vorhaben Neubau Bauhof und an den Umbau des Rathauses. Seiner Meinung nach sollten die

Leipziger Straße zur Haupteerschließungsstraße und die Tilgung der Kredite kontinuierlich fortgeführt werden. Auch den Abbau der Schulden von 8,6 Mio. Euro (1165,- Euro pro Einwohner) auf

7,2 Mio. Euro (920,- Euro pro Einwohner) sollte sich in den folgenden Jahren fortsetzen. Da im Jahr 2005 die wesentlichen Investitionen abgeschlossen wären, sei eine Entnahme aus der Rücklage gerechtfertigt, aber auf Grundstücksverkäufe sollte verzichtet werden.

Wie seine Vorredner bedankte sich Michael Unger für die gute Arbeit in der Kämmerei. Das tat auch Dr. Martin May (PDS), der das Fazit zog, dass sich Glienicke nicht zu verstecken brauche. Man könne stolz sein auf das Ergebnis freiwilliger Aufgaben wie Senioren- und Jugend-Club, die Bibliothek und die Kulturarbeit. Auch er lobte, dass die Pro-Kopf-Verschuldung rückläufig sei und der provisorische Straßenbau nicht auf die Bürger umgelegt werde. Allerdings brachte die PDS-Fraktion vier Entschließungsanträge ein, von denen zwei mit Mehrheit angenommen, die beiden anderen abgelehnt wurden. Inhalt der Anträge: vier Haushaltspositionen – Stellenbegutachtung (abgelehnt), Holzbarrieren (angenommen), Entwässerungsmulden (abgelehnt), verkehrsberuhigende Maßnahmen (angenommen) – sperren zu lassen.

Fazit des Bürgermeisters

Bürgermeister Joachim Bienert sah im Haushaltsplan 2002 ein großes Stück Perspektive für dieses Jahr sowie ein Zeichen von Kontinuität und Entwicklung von Vorstellungen für die nähere Zukunft. Der Glienicker Haushaltsplan stelle ein Werk dar, an dem alle mitarbeiten können, und an dem alle mitgearbeitet haben. In ihm fänden sich die Ideen und Vorstellungen jeder Fraktion wieder. Dabei verhehlte er nicht, dass die Kommunen als letzte Empfängerebenen nichts weiter delegieren könnten, im Gegenteil, sie seien gezwungen, bei einschneidenden Maßnahmen der Landesregierung auszugleichen oder zu verzichten. Auch Glienicke sei davon betroffen, aber nicht getroffen. Dabei zeigte er sich als Bürgermeister erfreut, dass man trotz allenthalben drohender Entwicklungen in Glienicke auch in Zukunft optimistisch bleiben könne. So sei es legitim und vernünftig, Mehreinnahmen oder erkennbare Minderausgaben zügig in die Verstärkung geplanter Maßnahmen oder in neue Vorhaben zu investieren. Obwohl es auch in Glienicke noch unerfüllte Wünsche gebe, bei denen die Finanzierungsmöglichkeiten aus eigener Kraft zur Zeit noch nicht erkennbar seien, wäre er zuversichtlich, dass auch diese Vorhaben in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden können. Doch wäre mit dem Haushaltsplan 2002 ein weiteres Etappenziel erreicht, und die Perspektiven des Finanzplanes und des Investitionsprogramms würden für die nächsten Jahre weitere positive Chancen eröffnen. Die Haushaltssatzung wurde einstimmig beschlossen.

Kita-Gebühren günstiger

Einmütigkeit herrschte auch bei der KITA-Gebührensatzung, die neue Grundlagen für die Berechnungen enthält, durch die die Eltern der 331 Kinder in den drei KITA um etwa 50.000,- Euro entlastet werden sollen (siehe dazu Seite 6 bis 8). Weitere Beschlüsse betrafen die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die der Träger öffentlicher Belange zum Vorentwurf des selbständigen Grünordnungsplanes „Moskauer Straße“ (einstimmig) und die erste Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (einstimmig). Inhalt der Änderung: die Pflicht zur Anbringung von Hausnummern für

unbebaute Grundstücke.

Über die Satzung zur Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern für die ehrenamtliche Tätigkeit der Gemeindevertreter und sachkundigen Einwohner gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Auch die Benutzungsordnung und Entgeltordnung zur Benutzung der Gemeindebibliothek wurden einstimmig angenommen.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Vier Beschlussvorlagen beinhalteten Kenntnisaufnahmen bzw. Genehmigungen über- und außerplanmäßiger Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, die bereits im Haupt- und Finanzausschuss gründlich beraten worden waren, so dass sie das Gemeindeparlament mit einstimmiger Befürwortung passierten. Auch die auf Euro umgestellte und im Rahmen von Rechtsfortschreibungen überarbeitete Vergabeordnung, darunter als neuer Punkt die „Vergabe freiberuflicher Leistungen“, fand die Zustimmung der Abgeordneten. Bei der 1. Änderung zur Sondernutzungssatzung und der über die Gebührenerhebung für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr gab es ebenfalls keinen Diskussionsbedarf.

Diskussion zum Bebauungsplan Nr. 4

Nur die Vorlagen zum Thema Bebauungsplan Nr. 4 „Nohlstraße“ riefen noch einmal das Für und Wider der Zentrenkonzeption auf den Plan. Hintergrund ist die betonte Ortskernentwicklung mit gewerblichen Einrichtungen in der „Galerie Sonnengarten“ zu Ungunsten von Ansiedlungen im Bereich Oranienburger Chaussee, Nohl- und Lindenstraße. Entsprechend der Ergebnisse der Zentrenkonzeption soll der Bebauungsplan Nr. 4 nur die allgemeine Zulässigkeit von Einzelhandelsnutzungen gewähren, die keine nachteiligen Auswirkungen auf den Ortskern haben.

Hans Robert Joepgen kritisierte diese Entscheidung. Seiner Information nach seien einem Investor für ein 1000 Quadratmeter Lebensmittelgeschäft im Bereich des B-Planes Nr. 4 bereits Zusagen gemacht worden, was für die Gemeinde rechtliche Konsequenzen haben könnte. Sowohl der Bürgermeister als auch der Hochbauamtsleiter bestritten solche Zusagen.

Die Beschlüsse zur Änderung des Bebauungsplanes wurden mehrheitlich gefasst.

Die Abwägungen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 6 „Jungbornstraße“ wie die zum Vorentwurf des B-Planes Nr. 10 „An der Bieselheide“ mit anschließender öffentlicher Auslegung passierten das Gemeindeparlament ohne Diskussionen.

Zum Kita-Geschehen und zur Kita-Satzung in Glienicke

In den letzten Monaten und Wochen waren in der Presse und auf den Internetseiten politischer Gruppierungen in Glienicke zum Kitageschehen, insbesondere zur im Frühjahr von der Verwaltung „durchgepeitschten“ Kita-Satzung und „unsozialen Kosten“ Stellungnahmen zu lesen, die nicht immer den Kern der Sache trafen. Auch eine „Elterninitiativgruppe Kita-Gebühren“, die sich wohlwollender Unterstützung einer Partei bedienen konnte, hatte sich gegründet.

Zielsetzung aller Aktivitäten war eine Veränderung der Gebühren in Glienicke, und zwar durch Gebührenverringerung, selbstverständlich sozial.

Adressat der Aktivitäten war die angeblich so uneinsichtige Verwaltung!

An dieser Stelle ist deshalb zunächst einmal festzuhalten, dass es u.a. die Aufgabe der Verwaltung ist, Vorschläge für die Gestaltung des Zusammenlebens im Gemeinwesen Kommune zu entwickeln und zu unterbreiten, das Zusammenspiel aller Faktoren dabei zu berücksichtigen, nicht einseitig einzelne Gruppeninteressen zu Lasten der Gemeinschaft zu bevorzugen und die finanziellen Folgen abzuschätzen. Hierzu bedient sich die Kommune im Rahmen der ihr überwiesenen Aufgabenerfüllung u.a. der „Ortssatzungen“, die Ortsrecht darstellen und die auf demokratischem Wege, d.h. durch Mehrheitsentscheidungen im Gemeindeparlament von den Abgeordneten nach Abwägung aller Interessenlagen und der Gesamtsituation der Kommune einschließlich des Finanzhaushalts getroffen werden.

Nicht die Verwaltung trifft letztlich die Entscheidungen – sie bereitet nur vor –, sondern die gewählten Volksvertreter, wie es in einer parlamentarischen Demokratie üblich ist.

Selbstverständlich nimmt die Verwaltung im Rahmen der Vorberatungen Anregungen und Bedenken auf und prüft sie in ihren Auswirkungen auf den Gesamtkomplex Gemeinde sowie auf die Rechtmäßigkeit.

Die Abgeordneten aller politischen Gruppierungen im Gemeindeparlament Glienicke hatten mit ihrem Beschluss vom 07. März 2001 deutlich gemacht, dass sie alle eine Satzung, die veränderte Rahmenbedingungen aufgrund des seit 01. Januar 2001 neuen Kita-Gesetzes Brandenburg zu berücksichtigen hatte, zum Ende des Jahres 2001 im Zusammenhang mit den Diskussionen für den Haushalt 2002 auf die Kostenentwicklung hin überprüft wissen wollten.

Eine Aufgabe, der sich die Verwaltung in jedem Fall hätte stellen müssen, da sich die finanziellen Zuweisungen von Land und Kreis für das Jahr 2002 aufgrund einer Stichtagszahl 0-12jähriger Kinder, die in Glienicke zum 31.12.2000 leben, verändert hätten. Haushaltsauswirkungen sind die Folge.

Auf Wunsch von Eltern erklärte sich die Verwaltung zu einem besonderen, von Eltern organisierten Informationsgespräch Anfang Oktober bereit, über die Entwicklung im Kita-Bereich, rechtliche Rahmenbedingungen und daran geknüpftes Verwaltungshandeln zu informieren.

Im Anschluss an das Gespräch war für die Verwaltung festzuhalten, dass die „soziale Frage“ und „sozial gerechte Gebühren“ anders als bisher zu beurteilen waren, denn weniger die geringer Verdienenden, als vielmehr die „Besserverdienenden“ (über 100.000 DM Nettoeinkommen) fühlten sich ob ihres Beitrages benachteiligt.

Abhängig Beschäftigte monierten eine mögliche Ungleichbehandlung zu Selbständigen, die ihre Einkommen anders steuerlich durchaus legal nach unten drücken könnten, und eine Reihe Punkte mehr.

Sicherlich für beide Seiten informativ, bleibt festzuhalten, dass von etwa 280 Eltern, die ein oder mehrere Kinder in einer der drei Kitas in Glienicke haben, immerhin sieben den Weg in das Rathaus fanden.

Eine durch den Sozialausschuss anberaumte Sondersitzung zeigte, dass hier das Interesse größer war, denn die Teilnehmerzahl war auf 25 bis 30 Personen angewachsen, und es war zu erfahren, dass es eine Elterninitiativgruppe Kita-Gebühren gab, die sich intensiver mit dem Satzungsgeschehen auseinandergesetzt und durchaus positive Anregungen für die Satzungsbearbeitung formuliert hatte.

Erstaunlich aber, und das darf auch festgehalten werden, wurde an diesem Abend vehement diskutiert um familiäre Einschränkungen und Beschränkungen, ja bis hin zur Unmöglichkeit des Winterreifeneinkaufes bei der bestehenden Satzung, und was man nicht alles noch an Annehmlichkeiten des Lebens bleiben lassen müsse, wenn die Satzung nicht verändert würde.

Nicht einmal fiel der Begriff Fürsorge oder Pflege oder Aufsicht oder ... für die Kinder, ja die Kinder wurden nur in den Überlegungen, ob man sich denn mehr als eines bei einer solchen Satzung leisten könne, erwähnt. Natürlich nimmt die Verwaltung, insbesondere auch auf den politischen Wunsch hin, neue Gedanken auf.

Allerdings nicht ungeprüft, denn nach wie vor ist sie an Recht und Gesetz gebunden. Sie kann ihre Arbeit auch nicht auf die Formulierung politischer Ziele beschränken, sondern sie muss diese in der Realität umsetzen.

Es ist auch nicht möglich, mit Gesetzen oder Ortssatzungen von vornherein alle individuellen Interessenlagen zu berücksichtigen. Fühlt man sich in seinen Persönlichkeitsrechten ungerechtfertigt beschnitten bzw. eingeschränkt, wird einem deshalb ja auch der weitgehend kostenlose Rechtsweg zur Durchsetzung persönlicher Belange eröffnet.

Das Gemeinwohl steht immer dann in besonderer Weise auf dem Prüfstand, wenn erkennbar ist, dass Gruppen eine Beteiligung außerhalb des parlamentarischen Weges einfordern, die sich auf die besonders artikulationsfähigen Teile der Bevölkerung stützen, oder anders ausgedrückt, je höher der Bildungsstand und das wirtschaftliche Wohlergehen, um so vernehmlicher werden der Protest und die Forderungen. Daraus könnte das Problem entstehen, andere gesellschaftliche Gruppen zu benachteiligen und sich dadurch unsozial zu verhalten.

Zu berücksichtigen ist auch, dass Initiativen immer nur ein Anliegen verfolgen, das allerdings mit ganzer Kraft, viel Beredsamkeit und manchmal auch durchaus mit juristischen Kenntnissen.

Es kann sich aber auch als ein Irrtum erweisen, zu glauben, dass ein Anliegen schon deshalb berechtigt sei, weil es dazu eine Bürgerinitiative gibt.

Verwaltung und Gemeindevertretung haben zu berücksichtigen, dass durchaus Probleme entstehen können, wenn kleinen Minderheiten eine beherrschende Einflussnahme ermöglicht wird, die finanzielle Risiken mit sich bringt, und wenn dadurch konkrete Gefahren für eine am Gemeinwohl ausgerichtete Kommunalpolitik entstehen können.

Mit der nicht nur überarbeiteten Gebührentabelle, sondern mit einer gänzlich überarbeiteten Satzung hat die Verwaltung versucht, der Politik einen Vorschlag zu unterbreiten, der im derzeit erkennbar vertretbaren Rahmen der Haushaltsentwicklung 2002 liegt.

Wie sowohl im zuständigen Sozialausschuss, als auch im Haupt- und Finanzausschuss und bei der Einbringung der neuen Satzung in die GVT (Gemeindevertretersitzung) zur Beschlussfassung am 12.12.2001 hat die Verwaltung darauf verwiesen, dass sie keine exakten Mehrbelastungszahlen, sondern nur eine ungefähre Größenordnung liefern kann, weil die Kitazahlen ein sehr flexibles System darstellen, das sich u.a. zusammensetzt aus ständig veränderten Betreuungszeiten, dem sich nach oben oder unten wandelnden Einkommen von Eltern oder Alleinerziehenden sowie der Arbeitsmarktlage generell, den Belegungszahlen, den Zuweisungszahlen Land und Kreis, den Betriebskosten usw.

Was ist neu an dieser Satzung, die zum 01.01.2002 in Kraft getreten ist?

- Es wurde die Abwicklung der Tagespflege geregelt.
- Die Grundlagen für die Ermittlung der Gebührenermittlung sind präziser gefasst, wodurch eine Gleichstellung zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen verbessert werden soll.
- Kindergeld wird nicht auf das Einkommen angerechnet (eine weitere Vergünstigung, für die die Gemeinde die Kosten trägt).
- Zukünftig werden vorläufige Gebührenbescheide erstellt, um die Elterneinkommen auch rückwirkend zum Zeitpunkt des Eintritts der Einkommensveränderung zu erfassen.
- Bei mehrfacher Überschreitung der vereinbarten Betreuungszeit in einer Woche kann für jede angefangene halbe Stunde eine Überziehungsgebühr in Höhe von 15 Euro in Rechnung gestellt werden.
- Alle unterhaltspflichtigen Kinder einer Familie werden zukünftig bei der Ermittlung der Gebühren berücksichtigt, nicht mehr nur die, die in die Kita gehen.
- Bei einer Wohnortveränderung (Hauptwohnsitz) kann die Gemeinde den Betreuungsvertrag mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Sollte die Gemeinde keinen eigenen Platzbedarf haben, kann durch eine entsprechende Kostenübernahmeerklärung der neuen Wohnortgemeinde von einer Kündigung durch die Gemeinde Glienicke abgesehen werden.

- Der Multiplikator der Gebührentabelle wurde um 0,2 Prozent gesenkt, somit werden sich bei gleichbleibenden Grundlagen zur Gebührenermittlung im Jahr 2002 auch die jeweiligen Gebühren senken.
- Die Kappungsgrenze für die Berechnung höherer Nettoeinkommen wurde von 150.000 DM auf 120.000 DM gesenkt.
- Die Einschränkung der Betreuungszeit auf vier Stunden für Eltern, die sich im Erziehungsurlaub bzw. in der Elternzeit befinden, ist aufgehoben, der Termin zur Abgabe der Einkommensnachweise zum 30. April des Jahres wurde auf den 31. August des Jahres festgelegt.

Die sich aus dieser Satzung ergebende finanzielle voraussichtliche Mehrbelastung / Mindereinnahme für die Gemeinde wird für das Jahr 2002 ausschließlich über Einsparungen im Personalhaushalt gedeckt, und zwar durch die spätere Einstellung von Mitarbeitern im Bereich Ordnungswesen, Bauhof und Kitasachbearbeitung, sowie einer späteren Anhebung von Teilzeitstellen auf notwendige Vollzeitstellen z.B. im Bereich der Kämmerei, des Vollstreckungswesens, der Bibliothek usw.

Andere Amtsbereiche, wie Tiefbau oder Hochbau, wurden ausgenommen, weil hier weitestgehend eine Mittelbindung im Zusammenhang mit Fördermitteln und dem Investitionsplan gegeben ist.

Insgesamt können – und das ist die politische Entscheidung – die Mehrkosten nur durch Einsparungen bei den Mitarbeitern der Verwaltung aufgefangen werden. Diese Mehrbelastung muss ihnen allerdings ohne Berücksichtigung der persönlichen Einkommenssituation auferlegt werden.

Fazit :

Das Geschehen, vielleicht kann man auch sagen, der Streit, um die Kitagebühren in Glienicke hat sicher dazu geführt, dass die Beteiligten, einschließlich der zuständigen Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, ihre Auffassungen überprüfen und z.T. auch berichtigen mussten. Dass ein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde, ist zu begrüßen.

Ein besonders wünschenswertes Ergebnis wäre die Erkenntnis, dass bei begrenzten finanziellen Mitteln Verbesserungen auf der einen Seite, Nachteile auf der anderen Seite zwangsläufig bewirken und dass deshalb auch soziales Handeln der Bindung an das Gemeinwohl unterliegt.

Dr. Alfred Krause

1. Beigeordneter und Hauptamtsleiter

Baum-Neupflanzungen in der Friedenstraße

Kürzlich wurden in der Friedenstraße 25 Straßenbäume (Tilia platyphyllos - Sommerlinde) gepflanzt. Mit dieser Pflanzaktion hat der Bauherr eines Grundstückes in der Clara-Zetkin-Straße die Auflage zur Ersatzpflanzung aus einer Fällgenehmigung erfüllt, die zur Realisierung seines Bauvorhabens erteilt wurde.

Diese Pflanzung ist deshalb besonders erwähnenswert, weil sie zum einen für jedermann wahrnehmbar ist und zum anderen eine der von der Größenordnung her umfangreichsten Ersatzpflanzungen darstellt, die als Folge einer Fällgenehmigung entstanden ist und realisiert wurde, ohne dass die Gemeindeverwaltung auf die Erfüllung drängen musste.

Mit dieser Pflanzung konnte wieder eine der bislang baumlosen Straßen in Glienicke ansehnlicher gestaltet werden. Das Ziel, alle baumlosen Straßen in Glienicke zu bepflanzen, wird von der Gemeindeverwaltung schrittweise in den nächsten Jahren - auch unter Inanspruchnahme umfangreicher Ersatzpflanzungen – realisiert. Seitens der Gemeindeverwaltung ist geplant, als nächsten Schritt im baumlosen Bereich der Luisenstraße und in der Goethestraße, Straßenbäume zu pflanzen.

Noch eine kleine Bemerkung zu den neuen Bäumen in der Friedenstraße: Auch für diese Bäume kommt der nächste Sommer, und bei Trockenheit sind sie dankbar, wenn die Anwohner hin und wieder einen Eimer Wasser zur Lebenserhaltung spendieren.

Gerd Walther, Ordnungsamt

Aus den Fraktionen

CDU-Fraktion

Die Fraktion der CDU in der GVT Glienickes möchte die Gelegenheit wahrnehmen, sich heute unmittelbar an alle Mitarbeiter der Verwaltung zu wenden.

Ein Jahr intensiver Tätigkeit für das Gedeihen des Ortes und für das Wohl der Bürger ist zu Ende gegangen. Das Wirksamwerden unserer Fraktion beruht zu einem guten Teil auf der reibungslosen sowie auch der persönlich angenehmen Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Verwaltung.

Wir bedanken uns dafür sehr herzlich und verbinden damit die besten Wünsche für das neue Jahr 2002.

Hans-Robert Joepgen
Vorsitzender der CDU-Fraktion

PDS-Fraktion

Ein politisch erfolgreiches Jahr 2001 der Fraktion der PDS liegt hinter uns. Es ist viel passiert, und wir sind durch außerparlamentarische Initiativen darin bestärkt worden, weiterhin eine transparente Politik, unter Einbeziehung der Menschen hier in Glienicke, zur politischen Mitgestaltung zu realisieren. Wir möchten allen Glienickerinnen und Glienickern für ihre unterstützende Arbeit, für ihren Mut gegen Starrsinn und Ignoranz und damit der Durchsetzung politischer Akzente danken. Bemerkenswerte inhaltliche Diskussionen haben stattgefunden, der sogenannten Politikverdrossenheit wurde Gestaltung entgegengesetzt. Viele Glienickerinnen und Glienicker konnten feststellen, dass es im Ort eine Fraktion in der Gemeindevertretung mit realistischen Visionen gibt, eine Fraktion, die auch den Mut und die Kraft hat, neue Wege zu gehen.

Ein Pfeiler der Fraktion ist die konsequente Öffentlichkeitsarbeit geworden. Durch dieses Instrument (regelmäßige Pressemitteilungen, monatliche NEWSLETTER, Internet-Auftritt – www.pds-glienicke.de – und eine Hotline – 24116 –) konnten der Öffentlichkeit im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen Informationen vermittelt werden. Diese Transparenz führte zu Gründungen von Glienicker Initiativen, deren qualitativ hochwertige politische Arbeit die Entscheidungsprozesse der Ausschüsse der Gemeindevertretung mit begleitete und gestaltete. Im folgenden dokumentieren wir politische Eckpunkte im Jahre 2001.

Klarstellungs- und Ergänzungssatzung

Für große Beunruhigung in der Glienicker Bevölkerung hat der Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gesorgt. Zunächst durch mangelnde Information unterschätzt, hat die Veröffentlichung des Entwurfs, der im wesentlichen nur die Gesetzeslage widerspiegelte, allerdings sehr restriktiv, ohne Ergänzungsflächen, die Grundstückseigentümer wachgerüttelt. Sie bildeten eine

Initiative, die sich als sehr wirksam erwiesen hat. Die Fraktion der PDS war in diesem Prozess bemüht, die Auseinandersetzungen zu versachlichen, die Bürger zu beraten und ihre Sorgen und Anregungen im Planungsausschuss und in der Gemeindevertretung zu vertreten. Das Angebot an die Initiative und alle betroffenen Bürger, dass die Mitglieder unserer Fraktion vor Ort erscheinen, wenn sie angesprochen werden, wurde von sehr vielen Bürgern genutzt.

Nicht alles, was nach unserer Meinung im Entwurf der Satzung im Interesse der betroffenen Bürger geändert werden sollte, konnten wir durchsetzen. Völlig unzufrieden sind wir mit der Ergänzungssatzung, in der nur das gesagt wird, was bei den Behörden mit Sicherheit durchkommt. Deshalb haben wir uns sehr zeitig für die Ausarbeitung von qualifizierten Bebauungsplänen für die Problembereiche eingesetzt. Dank der Mitwirkung der Glienickerinnen und Glienicker hat der Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung mittlerweile an Qualität gewonnen.

Kita-Satzung und Gebührentabelle

Mit Wirksamkeit des neuen und unsozialen Kita-Gesetzes des Landes Brandenburg zum 01.01.01 mussten sich auch die Glienicker Parteien mit dessen Umsetzung befassen und eine neue Satzung erarbeiten. Zunächst ohne Erfolg, wurden von uns eingehende Beratungen im Sozialausschuss eingefordert. Schon im Vorfeld hat die Fraktion der PDS mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten auf die Folgen und Konsequenzen des neuen Kita-Gesetzes für die Kommune aufmerksam gemacht. Mit Glienicker Eltern wurde die Diskussion gesucht und geführt.

Daraus gründete sich die erste Elterninitiative. Die von der Gemeindeverwaltung vorgelegte neue Satzung wurde diskutiert. Die Fraktion und die Elterninitiative stellten fest, dass der Verwaltungsvorschlag nicht ausgereift und beschlussfähig war. Trotz vielfältiger Aktivitäten der Initiative und der Fraktion (z.B. Unterschriftensammlung) wurde die sozial unverträgliche neue Kita-Satzung vom Sozialausschuss, gegen die Stimme der PDS, befürwortet und der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Satzung wurde somit ohne eingehende Beratung „durchgepeitscht“. In der Gemeindevertretertagung wurde, trotz der inhaltlichen Kritik der PDS-Fraktion und gegen deren Stimme, die Satzung dann mehrheitlich beschlossen. Offensichtlich waren sich die Abgeordneten der GBL der Unseriosität des Verfahrens bewusst. Sie beantragten, die Gültigkeit der neuen Satzung bis zum Jahresende zu begrenzen.

Im September 2001 beantragte die Fraktion der PDS eine erneute Diskussion über die Kita-Satzung. Zeitgleich gründete sich die Elterninitiative zur Veränderung der Kita-Satzung und Gebührentabelle. Obwohl die Gemeindeverwaltung und die Mehrheit der Mitglieder des Sozialausschusses den Aktivitäten der Elterninitiative und den Vorschlägen der PDS-Fraktion am Anfang ablehnend gegenüberstanden, kam man an der qualitativ hochwertigen Arbeit der Eltern und der PDS-Fraktion nicht vorbei. Das führte zu insgesamt vier Ausschusssitzungen, davon zwei Sondersitzungen.

Auf diesen Sondersitzungen wurde durch die Initiative der PDS der Elterninitiative die Möglichkeit einer Mitgestaltung der neuen Kita-Satzung eingeräumt. Das Resultat kann sich sehen lassen.

Glienicke ist in seiner Familienpolitik deutlich sozialer geworden. So können wir eine Entlastung der Eltern von etwa 50.000 Euro pro Jahr verzeichnen.

Die neue Satzung mit der dazugehörigen Gebührentabelle ist auf der Gemeindevertretertagung am 12.12.01 beschlossen worden. Weitere Änderungsvorschläge der PDS-Fraktion zur Satzung werden Anfang des Jahres 2002 im Sozialausschuss diskutiert. Weitere Informationen unter unserer Hotline 24 116.

Aktion Noteingang

Unter dem Eindruck, dass der Rechtsradikalismus in Deutschland nicht mehr zu übersehen ist, stellte die Fraktion der PDS den Antrag, dass Glienicke sich der „Aktion Noteingang“ anschließt und damit Gesicht zeigt gegen Rassismus und Intoleranz.

Dem Antrag der PDS-Fraktion zur Beschlussfassung in der Gemeindevertretung wurde mehrheitlich zugestimmt. Seit September 01 sind folgende Gebäude der Gemeinde Glienicke mit dem roten Aufkleber (Noteingang) gekennzeichnet: Dreifeldsporthalle, Rathaus, Kämmerei und Standesamt/Bibliothek.

Dieser Aufkleber signalisiert rassistisch verfolgten Menschen Hilfe und ist ein öffentliches Dokument für Toleranz und Menschlichkeit.

Aufstehen für den Frieden

Für die Fraktion der PDS war der 11. September ein Tag des Entsetzens und der Trauer. Trotz der unvorstellbaren Brutalität des Anschlages auf das amerikanische Volk bestreitet die Fraktion die militärische Logik, die in einen Krieg mündet. Krieg ist kein Mittel gegen Terrorismus. Krieg produziert Terrorismus.

Aus diesem humanistischen Ansatz stehen wir auf für den Frieden. Seit dem 09.11.01 findet jeden Freitag, um 17.00 Uhr, auf Initiative der PDS-Fraktion und des Glienicker Friedensbündnisses, eine „Mahnwache für den Frieden“ am Glienicker Dorfteich statt. Während dieser Mahnwache diskutieren Glienickerinnen und Glienicker über die aktuelle Situation in den Kriegsgebieten und über politische Konfliktlösungen. Die Fraktion der PDS wendet sich an alle friedensliebenden Menschen Glienickes, sich an diesen Mahnwachen zu beteiligen. Die Fraktion der PDS ruft zu Spenden für die Kinder Kabuls auf.

SODI-Hilfe für Kabuls Kinder!

Das Ende der Bombardierung Kabuls macht dort dringend gebrauchte Hilfe für die Bevölkerung nötig. Der in Berlin ansässige Solidaritätsdienst-International e.V. (SODI), der in der Afghanistan-Hilfe mit dem Hammer Forum e.V. kooperiert, unterstützt das Kabuler Indira Gandhi-Kinderkrankenhaus durch die sofortige Bereitstellung von Medikamenten. Dr. Kemmer, Koordinator der Hilfsorganisation, war nach Ende der Kriegshandlung in Kabul als erster deutscher Arzt wieder vor Ort. Das afghanische medizinische Personal der unfallchirurgischen Station, wo Kinder mit

Verletzungen durch Bomben, Raketen und Minen behandelt werden, hatte die Betreuung der Patienten auch während des Krieges aufrecht erhalten und setzt seine Arbeit nun unter Leitung von Dr. Kemmer fort.

Sieben schwerverletzte Kinder werden dieser Tage zu lebensnotwendigen Behandlungen nach Deutschland geflogen. „Wir benötigen dringend mehr medizinische Verbrauchsmaterialien und Medikamente“, so der Stationschef. „Unser oberstes Ziel für die nächsten Wochen ist,“ betont Dr. Kemmer, „die kleinen Patienten über den Winter zu bringen. Es darf nicht sein, dass die Kinder schon bei einfachen Durchfallerkrankungen oder wegen Mangelernährung sterben.“ Wir bitten um Spenden auf folgendes Konto:

SODI-Spendenkonto: 4385 2050 00

Berliner Bank (BLZ) 100 200 00

Kennwort: Afghanistan

Die Fraktion der PDS wünscht den Glienickerinnen und Glienickern ein erfolgreiches Jahr 2002, verbunden mit dem Wunsch, dass der Frieden Ausgangspunkt jeglichen Lebens wird. Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, können Sie uns unter unserer Hotline 24 116 erreichen.

Edgar Himmert

Ein Spiegelbild deutscher Nachkriegsgeschichte

Den Lesern des „Glienicker Kurier“ ist er als sachlich-kompetenter Berichterstatter über planerische Ziele und Gestaltungsmöglichkeiten im Ort bekannt; als Vorsitzender des Planungsausschusses kann er diese Ziele behutsam in die richtigen Bahnen lenken, und als Fraktionsvorsitzender der SPD hat sein Wort auch bei angrenzenden Themen in der Gemeindevertretung Gewicht. Die Rede ist von Klaus Neumann-Duscha, Glienicker Bürger seit 1996, aber Mitgestalter des Flächennutzungsplanes in seiner ersten Phase waren er bzw. die Mitarbeiter seines Berliner Planungs- und Architekturbüros bereits lange zuvor. Und das kam so: Nach der Wende betrat ein älterer Herr das Büro von Klaus Neumann-Duscha in der Reinickendorfer Residenzstraße und erkundigte sich, ob er bzw. seine Mitarbeiter helfen könnten, seinen Schwiegersohn vom „Datschenarchitekten“ zum befähigten und den neuen marktbedingten Anforderungen entsprechenden Fachmann zu qualifizieren. Der ältere Herr kam aus Glienicke, und somit begann auch für Klaus Neumann-Duscha die Bekanntschaft mit diesem Ort, den er kennen und sofort lieben lernte, und genau an seinem 65. Geburtstag zog er hierher um.

Nun galt es, seinen 70. zu feiern, an dem er viele ehrende und anerkennende Worte, vor allem von Bürgermeister Joachim Bienert, entgegennehmen konnte. Natürlich für ihn auch ein Tag des Rückblicks auf sein bisheriges Dasein, das gleichsam ein Stück Zeitgeschichte präsentiert. Ob Jugend, Studium, berufliche Tätigkeit oder gesellschaftspolitisches Engagement, Klaus Neumann-Duschas Leben steht nicht nur im Kontext mit Nachkriegszeit, geteiltem Deutschland, Wiedererstarben der Restauration, sondern auch für den städtebaulichen Aufbau der sechziger und siebziger Jahre in der Bundesrepublik mit allen Lobes- und Kritikpunkten sowie mit dem Aufbauschwung der Wendezeit in den neuen Bundesländern.

1931 als Sohn eines Brückenbau-Ingenieurs in Berlin-Charlottenburg geboren, wuchs er auf zwischen den Polen eines konservativen Vaters, der sich weder von den Nazis noch von den Kommunisten missbrauchen oder beeinflussen ließ, und einer Mutter, die aus einem SPD-geprägten Hause in den Masuren stammte. Sie war eine geborene „Duscha“, was soviel wie Seele bedeutet, und eines Tages, als der Sohn sich anschickte, im Berufsleben erfolgreich zu sein, fügte er seinem ursprünglichen Namen noch den mütterlichen hinzu, um sich von den vielen Neumanns unterscheiden zu können.

Aufgewachsen in Müncheberg, Perleberg und Baeskow, wo der Vater wechselweise Arbeit fand, erlebte Klaus Neumann-Duscha das Ende des Zweiten Weltkrieges mit und musste mit 13 1/2 Jahren seinen fünfzehnjährigen Freund, einem Opfer letzter Kriegsauswirkungen, in einer Kartoffelkiste beerdigen. Das wurde eines seiner prägenden Erlebnisse, das ihn die Motive der 68er genauso verstehen wie die Nürnberger Prozesse kritisieren ließ, da sie nur die eine Hälfte der Naziverbrecher verurteilt hatten, während die andere wieder aus ihren Löchern heraus und zu neuer Macht, zu Reichtum und Ansehen kam. Genauso unerbittlich aber erlebte er den 17. Juni 1953 in Berlin mit und gehörte bereits am nächsten Tag zu den Ostflüchtlingen.

Inzwischen war er für Architektur und Stadtbau eingeschriebener Student der Technischen Universität, die damals nach englischen Erziehungsprinzipien von einer Hochschule in eine

Universität umgewandelt worden war und die ein „Studium generale“ anbot, was bedeutete, dass die Studenten Vorlesungen u.a. in deutscher Literatur, Anthropologie, Rechtswissenschaften hörten und sich so ein großes Allgemeinwissen aneignen konnten. Und noch etwas prägte ihn: Seine mehr als 300 Jobs bei „Tusma“, wo er vor allem als versierter Teppichklopfer galt und für diese Tätigkeit sogar vom Lotto-Direktor Müller angefordert wurde. Denn ohne Unterstützung aus dem Elternhaus, der Vater war längst gestorben, musste er sich sein Studium selbst verdienen.

Erste berufliche Erfahrungen machte er in einer Tiefbaufirma, die u.a. den Einschnitt der Stadtautobahn Berlin-Halensee betreute, als Statiker fürs Amerika-Haus, was ihm das Geld für seinen ersten italienischen Trenchcoat einbrachte, und als Architekt eines Einfamilienhauses, eines „prächtigen Schinkens“ mit nur kurzer Lebensdauer, da es den Bauten der Freien Universität weichen musste.

Ein erstes Auto, ein 1936 gebauten Borgward, gehörte ebenso in diese Zeit wie die erste Ehefrau, die Brauereiwesen studiert hatte und der er mit dem genannten Auto zur Flucht von Ost- nach Westberlin half. „Das Bundestagsgebäude in Berlin“ hieß das Thema seiner Diplomarbeit, die ihm nicht nur großes Lob seines Professors, sondern auch Anfeindungen einbrachte, da es in Zeiten des Kalten Krieges ein gesamtdeutsches Thema behandelte. In logischer Folge ging Klaus Neumann-Duscha anschließend in die Bauforschung, wobei es sich um Serienfertigungen beim nichtindustriellen Bauen handelte. Es begannen seine Wanderjahre, sprich eine Zeit vieler Dienstreisen, die ersten übrigens, da er nicht durch die DDR durfte, festgebunden auf Gartenstühlen in englischen Bomber-Flugzeugen.

Zwei Jahre als rechte und linke Hand eines Oberbauleiters einer Stahlbetonfirma füllten ihm das Portemonnaie, erweiterten seinen Erfahrungsschatz, brachten aber auch viel Stress, so dass er sich entschloss, an einem Forschungsauftrag für Bausysteme in Kernstädten, initiiert vom Ministerium für Wohnungsbau, teilzunehmen. Ein Flop, wie Klaus Neumann-Duscha heute resümiert, aber einer, der ihm viel Wissen und Erfahrung hinsichtlich großer Wohnbaugebiete (Märkisches Viertel) und ihrem sozialen Umfeld vermittelte.

Schließlich – Klaus Neumann-Duscha hatte nicht nur einen Teil seines bisherigen Lebens in Hotels verbracht und fünf Jahre in Hamburg gelebt – machte er sich 1974 selbständig und kann rückblickend sagen, dass er – zum Schluss mit elf Mitarbeitern – etwa 1000 Einfamilienhäuser verschiedener Hersteller betreut hat. Das ist fast soviel wie eine kleine Stadt, lächelt er, also ein durchaus beachtliches Lebenswerk. Mit 65 Jahren verkaufte er sein Berliner Unternehmen, allerdings nicht, ohne eine kleine Dependence in der Märkischen Allee in Glienicke zu eröffnen.

Denn inzwischen hatte er nicht nur seine zweite Frau geheiratet, eine Hamburgerin, die er kennen lernte, als sie sich in seinem Büro per Zeitungsannonce als Architektin bewarb, er hatte in Glienicke ein Grundstück erworben, wobei zwei wunderschöne alte Eichen den Ausschlag gaben. Dort hat er im Stil hanseatischen Vorstadtcharakters ein Haus gebaut. Ganz in dieser Tradition hat Ehefrau Angela es eingerichtet, wobei sie Modernes und Antiquarisches geschickt kombinierte.

Hier kann er in einer großen und übersichtlichen Küche seiner Kochleidenschaft frönen oder am Kamin sitzend genussvoll bei einem Glas Rotwein seine unzähligen Schallplatten bzw. CDs mit klassischer Musik hören; von hier aus aber lenkte Klaus Neumann-Duscha seine Schritte auch ins

„Birkenwäldchen“, zu einem guten Bier vom Fass. Und dabei stieß er auf den Kreis der Glienicker SPD-Ortsgruppe, die ihn freundlich aufnahm, und in die er, der bereits 28 Jahre dieser Partei angehört, längst integriert ist. Als er sich bei den jüngsten Kommunalwahlen aufstellen ließ, bekam er ein so gutes Ergebnis, dass er Einzug hielt ins Glienicker Gemeindeparlament.

Dort kann er die Erfahrungen sowohl seines beruflichen als auch gesellschaftspolitisch geprägten Lebens einbringen, wobei es ihm stets darum geht, den Charakter Glienickes zu bewahren, aber den Ort auch behutsam mit Nachverdichtungen zu entwickeln.

Das sei bisher, so seine Meinung, optimal gelaufen – eine Entwicklung, die es weiter zu gestalten, zu vollenden, aber immer auch zu verbessern gelte. Dabei auch zukünftig – gute Gesundheit vorausgesetzt – mittun zu können, gehört zu den Wünschen von Klaus Neumann-Duscha, denen sich seine zahlreichen Gratulanten nur anschließen konnten.

Bauanträge in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember 2001

Die Gemeindeverwaltung gibt gemäß Beschluss vom 20.12.95 (Beschluss-Nr. 144-25/95) bekannt:

Für nachfolgend aufgeführte Grundstücke wurden in der Zeit vom 01.12. bis 31.12.2001 Bauvoranfragen oder Bauanträge bei der Gemeinde Glienicke eingereicht und an das Bauordnungsamt Oranienburg weitergeleitet.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an das Bauordnungsamt (Tel: 03301/601330).

Sprechzeiten:

Dienstag von 9.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 18.00 Uhr.

Voranfragen:

Hubertusallee 29 EFH

Bauanträge:

Alte Schildower Str. 56 EFH

Charlottenstraße 1/2 DH

Leipziger Str. 25 a EFH

Schillerstraße 15 EFH

Bauanzeigen:

Märkische Allee 51a EFH

Mitgliederversammlung des Sportvereins

Kürzlich fand unsere diesjährige Mitgliederversammlung im Festsaal der Gemeinde statt, zu der wir als Gäste Bürgermeister Joachim Bienert und Hauptamtsleiter Dr. Alfred Krause begrüßen konnten.

Im Bericht des amtierenden Vorstandes ging die Vereinsvorsitzende Sabine Krüger auf sportliche Erfolge sowie Sorgen und Probleme des Vereins ein.

Die Mitgliederzahlen des Vereins sind im vergangenen Jahr von 420 auf 454 gestiegen. Leider büßten wir aber die Abteilung Rho To Waza ein, weil deren Vorsitzender umzog und der Trainer aus gesundheitlichen Gründen seine Arbeit einstellen musste. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen beläuft sich auf 41 Prozent, ein Zeichen dafür, dass die Zukunft des SV beim Nachwuchs liegt. An dieser Stelle vielen Dank vom Vorstand an die Übungsleiter wie Rainer Ranzio, Bodo Vötisch, Daniela Dietrich, Volker Scholze, Marina Feller, Anja Lewin, Sabine Krüger, sowie an die Lehrerin Elke Bär als Leiterin vom Mutter-Kind-Turnen.

Im sportlichen Bereich ist die stärkste Abteilung, mit 184 Mitgliedern, das Frauenturnen mit Dienstagsgruppe, Seniorensportgruppe und Mutter-Kind-Kurs. Die Abteilung Badminton (95 Mitglieder) führte einige Turniere durch. Sie hat seit Oktober einen neuen Vorstand, dessen Vorsitzender Lutz Steirat ist. In der Abteilung Volleyball (61 Mitglieder) erreichte die Männermannschaft in der Saison 2000/01 den 4. Platz in der Landesklasse und kämpfte sich in die Endrunde des Landespokals, wo ebenfalls der vierte Platz belegt wurde. Die erste Frauenmannschaft wurde in der 1. Kreisklasse Vierter, die zweite Frauenmannschaft (Jugend) erreichte Platz 7 in der zweiten Kreisklasse. Auch mit den Kindern und Jugendlichen wurden Turniere durchgeführt.

Die Fußballer (39 Mitglieder) präsentierten sich bei zahlreichen Turnieren in Glienicke und auswärts. Die Sportschützen (32 Mitglieder) stellten sieben Kreismeister und qualifizierten sich mit zwölf Sportlern für die Landesmeisterschaften. Bei den Deutschen Meisterschaften belegte Bodo Vötisch den 15. Platz. Außerdem wurde er auf dem Landesschützentag mit dem Ehrenkreuz in Bronze ausgezeichnet. Die Abteilung Tischtennis (24 Mitglieder) hat mit dem Aufbau einer Nachwuchsabteilung begonnen. Die Kegler konnten mit der ersten Männermannschaft den Abstieg in die zweite Landesklasse nicht verhindern. Dafür gelang der zweiten Mannschaft mit 30 von 32 möglichen Punkten der Aufstieg in die Kreisliga. Übertrender Kegler 2001 war Hans Glyz als Kreismeister Senioren B, Vizemeister bei den Deutschen Meisterschaften und im Land Brandenburg mit der Mannschaft Oberhavel.

Unser Sportfest im Juni hatte zwar schönes Wetter, aber wenige Zuschauer. Leider nahmen auch nur 19 Prozent unserer Sportler daran teil. An der Organisation hat es nicht gelegen (Dank an Anja Lewin); leider wurden ihre Planungen nicht in allen Abteilungen umgesetzt. Wir werden alles daran setzen, das Sportfest 2002 zu einem echten Höhepunkt zu gestalten.

Öffentlichkeitsarbeit wurde über die Schaukästen, Veröffentlichungen in Tageszeitungen und in der Glienicker Presse, als Internetpräsentation und Werbung auf der Bowlingbahn durchgeführt. Trotzdem sollten sich aber alle Abteilungen noch mehr einbringen. Im Januar vorigen Jahres hatten

wir ein Treffen mit dem Bürgermeister und Vertretern der Gemeinde, um Probleme und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Leider blieb es das einzige Treffen dieser Art, was jetzt aber wieder geändert werden soll. Im Mai gab es eine Zusammenkunft der Fußballer mit dem Bürgermeister, wo es um das Fehlen eines Platzes bzw. einer konkreten Planung ging. Ohne einen Platz können die Fußballer nicht am Wettspielbetrieb teilnehmen, bekommen keine neuen Mitglieder, und der Nachwuchs läuft weg. Dafür fehlen der Gemeinde aber die Mittel und eine Fläche. Bedanken möchten wir uns bei der Gemeinde für kurzfristige Unterstützungen bei Turnieren und dem Sportfest.

Nach diesem Bericht erlebten wir einen kurzen und knappen Bericht über unsere Finanzen, einen sehr anschaulichen über die Arbeit der Kassenprüfer sowie den Bericht des Ehren- und Beschwerdeausschusses. Danach wurden zahlreiche Sportfreunde und -freundinnen für ihre langjährige Vereinszugehörigkeit geehrt. Der Kegler Rainer Meier erhielt vom LSB die Ehrennadel in Bronze. Den Abschluss des Abends bildete ein kalt/warmes Büffet. Allen Mitgliedern des SV Glienicke, die ihre Freizeit, Kenntnisse und Leidenschaft einbringen, um unseren Verein zu entwickeln und einen guten Ruf zu verschaffen, sagen wir recht herzlichen Dank und weiterhin viel Freude am Sport sowie sportliche Erfolge!

Jörg Flöge

Ehrennadel in Bronze für Rainer Meier

Im 55. Jahr des Bestehens der Glienicker Kegler ehrte der Landessportbund den Kegler Rainer Meier mit der Ehrennadel in Bronze, die ihm im Rahmen der Mitgliederversammlung des Sportvereins Glienicke unter großem Beifall überreicht wurde.

Rainer Meier trat 1961 als Jugendlicher in die Abteilung Kegeln der damaligen BSG „Einheit“ Glienicke ein und war seitdem aktiver Wettkampfkegler. Er war in diesen 40 Jahren fast ununterbrochen Mitglied einer Mannschaft, die auf Kreisebene gute und auch erste Plätze belegt hat. Viele Jahre war er auch Mannschaftskapitän.

Von Mai 1996 bis November 2000 war er Vorstandsmitglied im Sportverein Glienicke/Nb. e.V. In dieser Funktion hatte er als Vorsitzender des Festkomitees die umfangreichen Vorbereitungen anlässlich des 50jährigen Bestehens des SV zu bewältigen.

Seit Ende 1999 leitet er die Abteilung Kegeln und ist Mitglied des erweiterten Vorstandes des Sportvereines.

Wir bedanken uns für seine Arbeit und gratulieren mit „Gut Holz“.
Sportverein Glienicke/Nordbahn e.V.“

Rosemarie Haese

Vorsitzende des Ehren- und Beschwerdeausschusses im Sportverein Glienicke/Nordbahn e.V.

Kegler enttäuschen erneut

Nach dem Sieg im Heimturnier und nur einem Punkt Rückstand in der Gesamtwertung fuhr man mit der leisen Hoffnung nach Golzow, bei einer guten Platzierung noch ein Wort im Kampf um den Aufstieg mitreden zu können.

Der Turnierverlauf sollte sich aber anders gestalten.

Mit dem ersten Starter Bernd Zimpel, der 687 Holz erreichte, lag Glienicke auf dem vierten Platz und behielt ihn bis zum Schluss. Der zweite Glienicker, Jörg Flöge, schob 698 Holz, dem Horst Krause 690 Holz folgen ließ. Damit betrug der Rückstand auf den 3. Platz 12 Holz und auf den 2. Platz 58 Holz. Von den besseren Glienicker Keglern erkämpfte Peer Alisch mit den letzten Kugeln 701 Holz, und Dirk Koch erzielte 702 Holz. Tagesbestwert für Glienicke schob Hans Glyz mit 705 Holz.

Unsere geschlossene Mannschaftsleistung drückte sich in 38 Holz Rückstand auf Platz 3 und 83 Holz Rückstand auf Platz 2 aus. Bleibt nur die Hoffnung auf ein besseres Ergebnis beim nächsten Turnier in Baruth, wo wir in der Hinrunde gewannen, um nicht noch um den Abstieg zu kämpfen.

1. Turbine Golzow 4329 Holz (Krüger 733 Holz) – 13 Punkte
2. Brieselanger SV 4276 Holz (Zimmermann 724 Holz) – 15 Punkte
3. Fichte Baruth 4231 Holz (Klauck 720 Holz) – 10 Punkte
4. Einheit Glienicke 4193 Holz (Glyz 705 Holz) – 12 Punkte